



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84884 - 95
Fernschreiber 0886890

P/XIII/127 - 10. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	Bargeld für Paris? Grosse Geschenke erhalten kleine Freundschaften Nach dem Besuch des französischen Außenministers	68
2 - 3	Der Draht nach Seoul Japans Beziehungen zu Südkorea	61
4 - 5	Macmillan in Washington De Gaulle als unsichtbarer Gast am Konferenztisch	70
6	"Dagegen gibt es keinen Schutz" Kukleare Gewehrgranaten entwickelt	48

* * * * *
* * * * *

Bargeld für Paris?

G.M. Das hörbare Bonner Aufatmen über die Versicherung des neuen französischen Außenministers Couve de Murville, Paris werde den westlichen Verträgen treu bleiben, hat bereits wenige Stunden nach dem Abflug des illustren Gastes einer nüchterneren Betrachtung der Gegebenheiten Platz gemacht. Schon am Dienstag früh wurde bekannt, dass der gewendte Berufsdiplomat und langjährige Freund de Gaulles bei seinen Gesprächen mit Herrn von Brentano und Dr. Adenauer deutlich zu verstehen gegeben habe, wie notwendig Frankreich schnelle finanzielle Unterstützung von seinen westlichen Verbündeten brauche. Wie es heisst, ist nicht nur davon die Rede gewesen, Frankreich wolle die Schutzklausel des Vertrages über den Gemeinsamen Markt erweitern, sondern auch von der Möglichkeit, dass die Bundesrepublik Bargeldvorschüsse für die Etablierung der Organisation des Gemeinsamen Marktes zugunsten Frankreichs leistet. Man spricht von etwa 2,5 Milliarden Mark, die notwendig seien, um der auch von Paris nicht abgestrittenen Schwierigkeiten Herr werden zu können.

Tatsächlich braucht Frankreich Geld. Die in der Periode vor der Investitur de Gaulles zu beobachtende Kapitalflucht ist noch nicht angestoppt. Die privaten Goldreserven der wohlhabenden französischen Bürger bleiben immer noch in den wohlgehüteten Verstecken. Wer in Frankreich Geld hat, fürchtet die Fortsetzung des Algerienkrieges, von dem er weiss, dass er grosse Mittel erfordert. Selbst wenn de Gaulle die Absicht haben sollte - was behauptet wird - den Algerienkrieg zu beenden, sind doch die Dinge im Augenblick noch viel zu ungewiss, um mit Sicherheit sagen zu können, ob dem neuen Ministerpräsidenten die Bewältigung dieser dringenden Aufgabe der französischen Politik gelingt. In jedem Falle braucht General de Gaulle Zeit, und Zeit bedeutet unter den gegenwärtigen Umständen für Frankreich Geld.

Daß Washington und Bonn sich anstrengen werden, Frankreich bei der Stange der westlichen Allianzen zu halten, ist nur zu natürlich. Man wird sich die Sache etwas kosten lassen, obwohl man weiss, dass es sich hier um ein grosses Risikogeschäft handelt.

Die Regierung Adenauer sieht natürlich geflissentlich darüber

1c. Juni 1958

hinweg, dass unter Umständen jetzt in verstärkter Masse die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in den Hintergrund gedrängt werden kann. Man redet zwar viel von den guten deutsch-französischen Beziehungen; die erhalten bleiben müssten, weiss aber sehr genau, dass es sich hierbei auf französischer Seite um die Beziehungen zwischen Paris und Bonn handelt. Bonn ist aber nicht Deutschland; sondern nur die provisorische Hauptstadt des westlichen Teiles von Deutschland.

Man bescheinigt sich jetzt gegenseitig das gute Europäertum, weiss aber, dass es der neue französische Aussenminister Couve de Murville war, der am 20. November 1945 als Leiter der politischen Abteilung des französischen Auswärtigen Amtes unter der Regierung de Gaulle dem damaligen Aussenminister der Vereinigten Staaten, Byrnes, die Forderung der Abtrennung des Rheinlandes vom Deutschen Reich vorlegte. Derselbe Herr Couve de Murville forderte im Namen de Gaulles auch die Internationalisierung des Ruhrgebietes und die dauernde Besetzung der strategischen Punkte des Rheinlandes durch alliierte Truppen.

Gewiss hat sich seit 1945 vieles geändert; es sollte aber trotzdem nicht vergessen werden, dass auch die meisten Vorgänger de Gaulles - einschliesslich der Herren Schuman, Pinay, Bidault und Gaillard - den Begriff "Deutschland" stets nur auf die Bundesrepublik anzuwenden wünschten.

Man darf wohl mit Recht fragen, ob Bonn sich jetzt nicht anschickt, diese Art von Deutschlandpolitik aus Gründen der Selbsterhaltung des bundesrepublikanischen Schrebergartens mit zu finanzieren. Die "ideologischen" Voraussetzungen dafür sind gegeben, weil Bonn ja stets die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands einer Politik der einseitigen ökonomischen und militärischen Bindungen Westdeutschlands untergeordnet hat.

Das "Reich Karls des Grossen" mit der "europäischen Perspektive" eines Herrn Paul Wenger, finanziert mit D-Mark aus dem Wirtschaftswunderland und verbrämt mit dem Slogan von der "abendländischen Kultur" - das sind die Aspekte einer Politik, die sich aus der jetzigen Situation ergeben.

18. Juni 1958

Der Draht nach Seoul

H.E.D. Lange Zeit hindurch stand die mögliche offizielle Kontaktaufnahme zwischen der chinesischen Volksrepublik und Japan im Vordergrund des Interesses westlicher und östlicher Diplomaten in Tokio. Besonders gewisse Kreise des amerikanischen Außenministeriums befürchteten eine "neutralistische" Weichenstellung der japanischen Außenpolitik und registrierten jedwede Äußerung in dieser Richtung mit unverhohlenen Misstrauen. Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass die japanische Regierung in einer scharfen Erklärung die USA vor einem Eingreifen in den indonesischen Bürgerkrieg warnten und für einen solchen Fall die Hilfe Tokios für Sukarno in Aussicht stellten.

Völlig unbeachtet aber von der politischen Öffentlichkeit hat zur gleichen Zeit Japan versucht, seine Beziehungen zur Südkoreanischen Republik zu verbessern. Ohne Übertreibung darf man sagen, dass - wenn überhaupt Beziehungen zwischen Seoul und Tokio bestanden - diese mehr als schlecht waren. Die Gründe sind sehr einfach und entspringen der geschichtlichen Verflochtenheit beider Länder bis zum Jahre 1945. Korea war bis zu diesem Zeitpunkt eine Kolonie Japans, mit allen dunklen Punkten, die eine solche Okkupation ausmachte. Die japanischen Behörden in Korea unterdrückten jede Regung einer Unabhängigkeitsbewegung mit grausamen Mitteln. Und so war es kein Wunder, dass die koreanische Bevölkerung ihrer japanischen Herren nur mit Hass und Wut gedachte, als die Stunde der Befreiung vom japanischen Kolonialismus schlug.

Dieses antijapanische Sentiment überdauerte nicht nur die Spaltung des Landes in zwei Teile, sondern auch die Phase des Koreakrieges. Obwohl Japan kraft seiner Politik und seiner Bindungen an die Vereinigten Staaten sehr wohl zum Lager des Westens gezählt werden konnte, des Westens also, der den Südkoreanern in ihrem Kampf gegen den Norden beistand, blieben die Beziehungen zwischen beiden Regierungen "unterkühlt". Eine Reihe von Zwischen-

fällen trugen dazu bei, die Feindseligkeiten zu steigern. So wurden von Behörden in Seoul japanische Fischerboote samt ihrer Besatzungen auf offener See aufgebracht und die Seeleute interniert. In Südkorea selbst kam es zu anti-japanischen Ausschreitungen, die von Syngman Rhee "schweigend" geduldet wurden. Nun, die japanische Diplomatie ist bekannt wegen ihrer Zähigkeit und Ausdauer. Und so konnte es nicht ausbleiben, dass Tokio versuchte, durch inoffizielle Kanäle eine Verbesserung der Beziehungen beider Länder zu erreichen.

Seit Jahresfrist reist ein Herr Kasuo Yatsugi zwischen Seoul und Tokio hin und her. Er ist eine Art persönlicher Botschafter des Ministerpräsidenten Kishi und in Japan bekannt als Mann der hunderttausend Verbindungen und Kontakte zu allen Gruppen und Personen des Fernen Ostens. Schon die japanischen Kabinette der Kriegs- und Vorkriegszeit schätzten seine Dienste. Wenn nicht alles täuscht, konnte Yatsugi seine Mission in Südkorea erfolgreich abschliessen. Denn die Behörden in Seoul entliessen eine ganze Reihe internierter japanischer Fischer, ohne dass Japan selbst gezwungen gewesen wäre, im voraus jene Frage zu klären, die beiden Regierungen arges politisches Kopfzerbrechen bereitet: Was ist mit den Koreanern zu tun, die in Japan leben, aber nicht nach Südkorea, sondern nach Nordkorea expatriiert werden wollen?

In einigen Kreisen der japanischen Hauptstadt ist man der Meinung, Tokio habe weniger die Beziehungen zu Südkorea verbessern wollen, als vielmehr über den Weg der offiziellen Kontaktaufnahme mit Seoul auch die Aufnahme der Beziehungen zu Nordkorea aufgreifen wollen. Entsprechen diese Auffassungen der Wahrheit, dann hätte auch Tokio sich zur Anerkennung der Zweistaatentheorie für Korea angeschlossen, eine Auffassung, die Mr. Rhee mehr als unympathisch sein dürfte.

+ + +

10. Juni 1958

Macmillan in Washington

A.A., London

Über den Gesprächen, die Premierminister Macmillan in Washington mit Eisenhower und Foster Dulles pflegt, schwebt ein Gespenst; als un- sichtbarer Gast sitzt der Schatten de Gaulles am Konferenztisch. Die Aussprache war als ein zwangloses Gespräch gedacht gewesen. Die Ent- wicklungen in Frankreich aber und russische Abrüstungsmassnahmen und Handelsoffensiven haben dem Zusammentreffen eine überragende politische Bedeutung gegeben.

London und Washington halten an der Vorspiegelung einer gelegent- lichen zwanglosen Zusammenkunft fest. Infolgedessen haben die Kanzleien keine Tagesordnung aufgestellt, sondern haben eine "Liste von fünf Ge- sprächspunkten" vorbereitet. Diese umfassen: 1. die Möglichkeit einer Spitzenkonferenz und unter diesem Titel die sowjetischen Absichten, die westliche Taktik und das Manövrieren um die Tagesordnung. 2. Even- tuelle Einstellung der atomaren Versuchsexplosionen. 3. Frankreich und Nordafrika, wobei man de Gaulles Einstellung zur NATO, zur Wirtschafts- gemeinschaft, zu Ekaratom und anderen Fragen der europäischen Zusammen- arbeit überprüfen wird. 4. Die berühmte "interdependence", die wechselseitige Abhängigkeit der westlichen Länder und schliesslich 5. rein anglo-amerikanische Fragen, worunter gemeinsame Politik im Mittelosten und Fernosten fällt.

Macmillan hat während des Gedankenaustausches in Vorbereitung der Aussprache es in Washington wissen lassen, dass de Gaulles Fähigkeiten, das algerische Problem zu lösen, entscheidend in die Waagschale fallen würde. Seiner Ansicht nach sollten sich Grossbritannien und die Vereinigten Staaten aus den Differenzen, die zwischen Tunesien und Frank- reich bestehen, so weit wie möglich heraushalten. Washington dürfte da- mit einverstanden sein. Ehe man Frankreich hilft, sich aus seinen öko- nomischen Schwierigkeiten herauszuarbeiten, will man abwarten und sehen, in welcher Richtung de Gaulle eine Lösung der nordafrikanischen Proble- me sucht. Bewegt er sich in Richtung auf algerische Unabhängigkeit und Verhandlung mit den algerischen Befreiungskämpfern, so müsste man ihm beistehen. Wenn nicht, so könnte man der de Gaulle-Regierung keine offene finanzielle Unterstützung leihen, da sonst die Araberwelt das

als Finanzierung eines "imperialistischen Krieges" auslegen würde. Sowohl Macmillan als auch Eisenhower glauben auf die guten Absichten de Gaulles hinsichtlich der NATO und der europäischen Institutionen bauen zu können. Allerdings befürchtet man in London, dass das Paritätsverlangen des Generals innerhalb der NATO zu Komplikationen führen werde. Das gilt besonders für den französischen Anspruch auf eigene Atomwaffen und Gleichstellung mit Grossbritannien hinsichtlich des Austausches von amerikanischen Atomgeheimnissen.

Kritisch-amerikanischer Austausch von Forschungs- und Fabrikationsgeheimnissen auf nuklearem Gebiet war einer der Kardinalpunkte gewesen, über die sich Eisenhower und Macmillan vor sieben Monaten in Bermuda geeinigt hatten. Grossbritannien dürfte davon profitieren, wenn die Vorschläge der Administration von Repräsentantenhaus und Senat angenommen werden. Danach würden amerikanische Atomgeheimnisse an Länder mitgeteilt werden dürfen, die gewisse technische Vorleistungen aufzuweisen haben. Grossbritannien erfüllt diese Voraussetzungen, Frankreich nicht und würde demnach ausgeschlossen bleiben.

Die Mitteilung amerikanischer Atomgeheimnisse an Grossbritannien dürfte eine der Bedingungen sein, nach deren Erfüllung Macmillan sich zu einer Einstellung der britischen Atomversuche bereit finden würde. Zwar haben sich die Vereinigten Staaten noch nicht zur Einstellung der Versuche entschlossen. Aber indem sie Sachverständigenbesprechungen in Genf zugestimmt haben, die feststellen sollen, wie ein Versuchsverbot praktisch kontrolliert werden kann, haben sie sich mehr oder weniger zur Einstellung verpflichtet, falls die Sowjetunion zustimmen würde, den von den Sachverständigen ausgearbeiteten Inspektionsplan auf ihrem Gebiet zur Anwendung kommen zu lassen.

Angesichts der sowjetischen Handels- und Wirtschaftsoffensive möchte man von englischer Seite jetzt der Präsidenten eine feierliche Erklärung und Verpflichtung der Wirtschaftshilfe für die weniger entwickelten Länder vorschlagen. Einer derartigen prinzipiellen Erklärung mag Eisenhower auch zustimmen. Aber es ist mehr als zweifelhaft, ob Macmillan ihn davon überzeugen kann, dass die bisherige amerikanische Praxis, Wirtschaftshilfe nur so diejenigen Länder zu geben, die sich der politischen oder sogar der militärischen Front gegen den Kommunismus anschliessen, ungenügend ist und abgeändert werden muss. Wirtschaftshilfe als Mittel der politischen Kriegsführung verfehlt ihren Zweck.

"Dagegen gibt es keinen Schutz"

EKO. Der amerikanische Physiker Arthur H. Compton, ein Wissenschaftler, der massgebend das Manhattan-Projekt, also die explosive Verwertung der Kernenergie, beeinflusst hat, gab die Entwicklung einer Novität unter den atomaren Waffen bekannt: Die Serienproduktion von nuklearen Gewehrgranaten und eines besonders für diese Zwecke konstruierten Gewehrs habe seit geraumer Zeit begonnen.

"Die Waffe ist für den Kampf auf nähere Entfernungen, für taktische Zwecke bestimmt", kommentierte A.H. Compton die Neuerung im Ringen um das "Gleichgewicht des Schreckens". "Einen Schutz gegen die Atom-Gewehrgranaten gibt es nicht."

Die Abkehr von der grossen Bombe der Super-Kategorie wird damit deutlich. Das Schwergewicht der Rüstungen verlagert sich auf beiden Seiten der potentiellen Gegner. Weil sich vielleicht die Superwaffen tatsächlich nicht anwenden lassen, sucht man auf die kleinen Bomben, die fast Taschenformat haben, auszuweichen. - Auch eine Art Panzerfaust mit atomarer Sprengladung wurde entwickelt, ebenfalls für den Kampf auf höhere Entfernungen, zu Ehren des amerikanischen Armasegenerals Gavin "Gavin-Pampelmuse" genannt.

Es lässt sich leicht vorstellen, dass Schützenkolonnen mit diesen Waffen gleiche Verheerungen anrichten, wie sie durch Atombomben des Hiroshima-Typs möglich sind. Die Sprengwirkung jedes Schusses wird erheblich die Zerstörungsgewalt einer konventionellen grossen Bombe übertreffen. Nach im letzten Jahr galt es, dass die explosive Kernspaltung von Plutonium unterhalb einer Grösse von ungefähr zehn Kilogramm nicht möglich sei. Diesem Gewicht entsprach eine Sprengwirkung von zehn Tilotonnen, also von 10 000 Tonnen Trinitrotoluol. Aber schon die Entwicklung der Wasserstoffbombe liess den Übergang zu Atombomben von kleinerer Grössenordnung als Initialzündung erkennen. Ihr Umfang übertraf nicht weit die Grösse eines Tennisballes. Es war also gelungen, das Plutonium zu komprimieren und die Anordnung der kritischen Massen entsprechend zu verkleinern. Von den nuklearen Geschützgranaten führte nun der Weg zu den Handfeuerwaffen, die den atomaren Sprengkopf in die gegnerischen Stellungen schiessen. - Man fragt sich, was mit den Schützen geschehen würde, die den Gebrauch dieser neuen Waffe im Ernstfalle vollziehen müssten?

Mit der vollen Deckung allein kann ihnen nicht geholfen sein. Denn auch die Sprengwirkung von 1000 Tonnen TNT - und selbst, wenn diese Grössenordnung geringer wäre - würde erhebliche Zerstörungen, jeweils den zehnten Teil des Infernos, das über Hiroshima hereinbrach, bewirken. Die Streuweite und die Strahlungsgefahr wären entsprechend. Also müssen sich diese Waffen auf erhebliche Entfernungen abfeuern lassen, die Compton allerdings als "Kampf auf nähere Entfernungen" unreisist. - Gleich, wie diese Fragen im einzelnen gelöst werden sind, in jedem Fall haben wir die "Fortentwicklung der Infanterie", um das berühmte Wort Adenauers zu gebrauchen, das er auf die "Fortentwicklung der Artillerie" zur Zeit des Göttinger Manifests anwandte. - Compton sagte, dass nur die Vernichtung der Depots der atomaren Gewehrgranaten einen Schutz gewährleisten könne. - Diese Vernichtung müssten also wiederum Atombomben grösseren Kalibers vornehmen. Daher kann es keinen "kleinen Krieg" geben, der sich mit taktischen Plutoniumwaffen begnügt.

Verantwortlich: Günter Markscheffel